



Antrag

der Abgeordneten **Inge Aures, Florian von Brunn, Ruth Müller, Dr. Simone Strohmayr, Arif Taşdelen, Margit Wild, Klaus Adelt, Horst Arnold, Michael Busch, Martina Fehlner, Christian Flisek, Harald Güller, Volkmar Halbleib, Alexandra Hiersemann, Annette Karl, Natascha Kohnen, Doris Rauscher, Markus Rinderspacher, Florian Ritter, Stefan Schuster, Diana Stachowitz, Ruth Waldmann SPD**

Strom statt Diesel II: Einsatz emissionsfreier Bahnantriebe voranbringen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert zu prüfen, wie während der Laufzeit eines Verkehrsdurchführungsvertrages im Schienenverkehr die Umstellung auf emissionsfreie Zugantriebe rechtssicher und unter Einhaltung der Wirtschaftlichkeit gelingen kann. Ein entsprechender Handlungsleitfaden soll erarbeitet und der Bayerischen Eisenbahngesellschaft (BEG) als Bestellerin des bayerischen Schienenpersonennahverkehrs zur Verfügung gestellt werden.

Begründung:

Der Einsatz von emissionsfreien Triebwägen ist von zentraler Bedeutung, wenn der bayerische Schienenverkehr, wie von der Staatsregierung angekündigt, bis 2040 klimaneutral sein soll.

Dabei kommt die Umstellung auf klimaneutrale Antriebe nur schleppend voran. Der Elektrifizierungsgrad hat sich in Bayern zwischen 2015 und 2020 um lediglich 2,5 Prozentpunkte auf etwa 51 Prozent erhöht (siehe Antwort der Staatsregierung auf die Schriftliche Anfrage der Abgeordneten Inge Aures, Drs. 18/10756). Auf nicht elektrifizierten Bahnstrecken beauftragen geplante und laufende Ausschreibungen der BEG bis weit in die 2030er Jahre hinein den Betrieb mit Dieselantrieben. Ein Grund sind – neben der noch laufenden Erprobung technisch geeigneter alternativer Antriebe – nicht antastbare Verkehrsdurchführungsverträge.

Ein Beispiel ist die Vergabe des Regionalverkehrs Oberfranken im Oktober 2021. Demnach werden von 2023 bis 2035 noch Dieselwagen durch Oberfranken fahren. Dabei könnten laut VCD Bayern für den Übergang bis zur Neuvergabe nach 2035 Oberleitungs-Batterie-Hybrid-Züge auf den Strecken Forchheim – Ebermannstadt, Bamberg – Ebern, Coburg – Bad Rodach, Coburg – Lichtenfels – Kulmbach – Bayreuth, und bei Verstärkerfahrten Forchheim – Bamberg – Lichtenfels verkehren, wenn dafür notwendige Infrastrukturmaßnahmen durchgeführt würden (streckenweise Oberleitungsbau, um das Aufladen der Batterien zu ermöglichen).

Ohne eine Möglichkeit, die Umstellung auf innovative Fahrzeuge während einer Vertragslaufzeit rechtssicher und wirtschaftlich zu bewerkstelligen, werden auf Bayerns Schienen bis weit in die 2030er Jahre Dieselmotoren fahren – mit negativen Auswirkungen auf das Klima. Um dies zu ändern, müssten Ausschreibungsvorgaben der BEG geändert, Aufträge neu vergeben oder in bestehende Verträge eingegriffen werden.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die BEG dabei zu unterstützen, ein rechtssicheres und wirtschaftliches Verfahren zu erarbeiten, wie während der Laufzeit eines Verkehrsdurchführungsvertrages die Umstellung auf emissionsfreie Antriebe gelingen kann.